

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Verfassungsfeindliche Zielsetzungen

Rechtsextremismus

Rechtsextremisten lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab. Auch wenn es innerhalb des Rechtsextremismus verschiedene ideologische Strömungen und Erscheinungsformen gibt, die nicht selten sogar im Widerspruch zueinander stehen, stimmen Rechtsextremisten in folgenden Themenfeldern grundsätzlich überein:

Rassisch definierte „Volksgemeinschaft“ als Souverän zu Lasten der Freiheitsrechte des Einzelnen

Der Staat soll organisatorischer Ausdruck einer ethnisch-rassisch homogenen „Volksgemeinschaft“ sein. Der vermeintlich einheitliche Wille des Volkes soll dabei von staatlichen Führern verkörpert und in reale Politik umgesetzt werden („völkischer Kollektivismus“). In einem durch den homogenen „Volkswillen“ legitimierten Staat würden damit wesentliche Kontrollelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Recht des Volkes, die Staatsgewalt durch Wahlen auszuüben, oder das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition, fehlen.

Fremdenfeindlichkeit, auch in Form von Rassismus und Antisemitismus

Nach der Vorstellung von Rechtsextremisten soll das deutsche Volk vor der Integration „rassisch minderwertiger Ausländer“ und vor einer „Völkervermischung“ bewahrt werden. Es wird gerade vor dem Hintergrund der aktuellen hohen Asylbewerberzahlen behauptet, dass die „Rasse des deutschen Volkes“ infolge einer „Durchmischung mit fremdem Blut“ untergehen würde. Begriffe wie „Umvolkung“ oder „der große Austausch“ werden von Rechtsextremisten verschwörungstheoretisch verwendet, um zu belegen, dass „das deutsche Volk in Form eines Völkermordes vernichtet werden soll“.

Die Ausgrenzung jener Menschen, die nicht diesem völkischen „Ideal“ entsprechen, widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, welcher in unserer Verfassung garantiert ist. Die Würde des Menschen, die bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen ist, wäre von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig.

Antisemitismus ist ein Kennzeichen fast aller rechtsextremistischen Strömungen. Er tritt in unterschiedlichen Varianten religiöser, kultureller sowie rassistischer Ausprägung auf. Häufig werden dabei Theorien, wie die Behauptung einer „jüdischen Weltverschwörung“ oder einer jüdisch dominierten Weltwirtschaft, verbreitet. Diese Ausprägung des Antisemitismus wird vor allem vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrisen seit 2008 stärker hervorgehoben. Rechtsextremisten suchen dadurch Anschluss insbesondere an israelkritische Positionen im Rahmen des Nahostkonfliktes.

In den zurückliegenden Jahren – spätestens seit dem Wahlkampf anlässlich der Bundestagswahl im Jahr 2013 – haben sich Rechtsextremisten weiterer Ausgrenzungskriterien bedient. Hintergrund waren die Migrationsströme insbesondere aus Asien und dem arabischen Raum/Afrika, die Europa und dabei vor allem die Bundesrepublik Deutschland zum Ziel hatten. Aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit wurden Muslimen verfassungsmäßig verbürgte Freiheits- und Gleichheitsrechte

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

abgesprochen. Diese Strategie der Ausgrenzung und Ungleichbehandlung sollte so als „Kulturkritik“ verbrämt werden.

Revisionismus und Holocaustleugnung

Unter rechtsextremistischem Geschichtsrevisionismus versteht man die Leugnung oder Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen und der deutschen Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Auch wird versucht, den Holocaust und andere Verbrechen der Nationalsozialisten, insbesondere durch eine Gleichsetzung mit Handlungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, zu relativieren. Die Leugnung des an den europäischen Juden begangenen Völkermords erfüllt den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Von extremistisch motiviertem Gebietsrevisionismus ist die Rede, wenn Rechtsextremisten die Anerkennung der deutschen Gebietsverluste als Folge der Weltkriege ablehnen oder sogar weitere Gebiete – entgegen den vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland seit 1918 beziehungsweise seit 1945 eingegangen ist – für Deutschland beanspruchen.

Revisionistische Positionen bilden ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen.

Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus

Durch ihre Äußerungen zeigen Rechtsextremisten häufig – zumindest mittelbar – eine wohlwollende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus. Vermeintlich positiv zu bewertende Handlungen der historischen Nationalsozialisten werden überbetont oder beschönigt. Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime werden diffamiert. Nationalsozialistische Funktionsträger aus jener Zeit, z. B. Rudolf Heß, der ehemalige Stellvertreter Adolf Hitlers, werden hingegen glorifiziert. Darüber hinaus lehnen sich Rechtsextremisten zum Teil eng an Sprache und Programmatik dieser Zeit an.

Verächtlichmachen von Verantwortungsträgern und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates

Unter Rechtsextremisten kommt es vielfach zu einer Verunglimpfung des demokratischen Verfassungsstaats und seiner Repräsentanten. Deutsche Politiker werden dabei als korrupte Handlanger ausländischer, insbesondere US-amerikanischer Interessen diffamiert, und es wird ihnen die Fähigkeit abgesprochen, die Probleme des Landes lösen zu können. Rechtsextremisten wollen sich so als alleinige Wahrer der Interessen des deutschen Volkes darstellen und den politischen Gegner als Verräter diskreditieren.

Rechtsextremistischer Antiamerikanismus

In der antiliberalen und antipluralistischen Weltsicht der Rechtsextremisten verkörpern die USA in besonderem Maße ein Feindbild. Insbesondere der „amerikanische Schmelztiegel“, der viele Volksgruppen in einer Nation umfasst, steht für Rechtsextremisten in offenem Widerspruch zum Konzept einer homogenen „rassisch“ definierten Volksgemeinschaft, die das Zusammenleben in einem Staat prägen soll.